

## Strompreise steigen

Die Stadtvertretung beschloss auf ihrer Dezember-Sitzung eine Erhöhung der Strompreise ab 1.2.2017 um etwa 1.2 %. Dabei blieben die Arbeitspreise unverändert, jedoch wurden die Grundpreise angehoben. Die BALL-Fraktion stimmte gegen die Erhöhung. „Im letzten vorliegenden Jahresergebnis erzielen die Stadtwerke insgesamt in der Stromsparte einen Gewinn von rund 759.000,-Euro, und 2016 sieht es auch nicht schlecht aus. Da passt eine Erhöhung schlecht in die Landschaft“, so BALL-Fraktionssprecher Dr. Günter Thiel.



## An die Macht getrumpelt

**K**ult-Cowboy Lucky Luke schießt bekanntlich schneller als sein Schatten. Jetzt haben die USA einen zukünftigen Präsidenten, der etwas Ähnliches fertig bringt: Sein Mund redet schneller als sein Gehirn denkt!

Mit Lügen, Verleumdungen und mit Pöbeleien aber ohne fundierte Programmatik hat Donald Trump die Wahl gewonnen. Er hat sich sozusagen an die Macht getrumpelt. Rechte, nationalistische und erzkonservative Kräfte in den USA und auch in Europa jubeln. Da macht es auch nichts, dass Trump schon nach kurzer Zeit in einigen Punkten zurück rudern musste (z.B. Mauerbau gegen Mexiko, Ausweisung von „Illegalen“). Jetzt liegt die Vorschlagsliste für die künftige US-Regierung vor und sie liest sich wie die Darstellerliste eines Horrorfilms. Langjährige Kumpane, klerikale Hardliner und Milliardäre sowie die direkten Vertreter aus der „wall-street“ sollen Amerika wieder „groß machen“. Koordiniert von dem Chefstrategen Stephen Bannon, einem bekennenden Rechtsradikalen.

Welche Auswirkungen das Ganze haben wird, ist im Einzelnen noch nicht abzusehen. Aber klar ist jetzt schon: Innenpolitisch wird das Land weiter zerrissen werden, die Schere zwischen arm und reich wird weiter auseinander gehen, eine weitere Aufstockung der astronomischen Rüstungsausgaben ist angekündigt. Es ist zu befürchten, dass die USA konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz verhindern werden. Welche außenpolitischen Folgen Trumps Kurs haben wird, ist noch nicht genau zu erkennen.

„Ich fürchte, Amerika wird ausgeblutet werden und seine Leute werden sich bereichern. Das war unter Bush so und das wird unter ihm auch so sein.“

(Walter Sittler, Schauspieler, mit deutschem und US-Pass zur Präsidentschaft von Trump)

## Straßenbaubeiträge:

# Widerstand formiert sich

**A**m 13.12.2016 beschloss CDU, FWB, SPD und Grüne in der Stadtvertretung die Straßenausbauprogramme für den Weidkamp und die Gebrüderstraße. Die BALL-Fraktion stimmte dagegen. Wir sind selbstverständlich nicht gegen die Erneuerung der Straßen und der Kanalisation, aber gegen die erhebliche finanzielle Heranziehung der Anwohner.



Helmut Welk

In Baden Württemberg, Berlin und neuerdings in Hamburg werden keine Straßenausbaubeiträge erhoben. In einigen anderen Bundesländern ist es den Städten freigestellt. Die BALL-Fraktion lehnt die Erhebung ab, da nach unserer Auffassung der Straßenausbau aus der KFZ-



und Mineralölsteuer sowie der Grundsteuer zu begleichen ist. Das ist im Übrigen auch die Position des ADAC.

Anfang November berichtete die „Barmstedter Zeitung“ unter der Überschrift: „Zoff um

Straßenbau – der Widerstand formiert sich“ über die hohen Ausbaubeiträge in den verschiedenen Elmshorner Strassen. Für ca. 1.000 Quadratmeter-Grundstücke sollen die Anwohner zwischen 9.000.- bis 11.000.- Euro

aufbringen. Ein Anwohner, dessen Eckgrundstück gleichzeitig an drei neu auszubauenden Straßenzügen liegt, soll jetzt 39.500.- Euro bezahlen.

In Neumünster haben betroffene Anlieger im Internet eine

Petition an die Kieler Landesregierung auf den Weg gebracht. Inzwischen wurde die Petition von weit mehr als der erforderlichen Unterstützeranzahl unterzeichnet. Jetzt ist die Landesregierung gezwungen sich mit der Petition zu befassen. ([www.openpetition.de/petition/online/abschaffung-strassenbaubeitraege-in-schleswig-holstein-keine-staatlich-angeordnete-existenzgefahrdung](http://www.openpetition.de/petition/online/abschaffung-strassenbaubeitraege-in-schleswig-holstein-keine-staatlich-angeordnete-existenzgefahrdung))

Die Barmstedter Stadtvertretung hat zudem gegen die Stimmen der BALL-Fraktion eine weitere Erhöhung der Straßenausbaubeiträge beschlossen. Bei der Erneuerung von „Anliegerstraßen“ sollen die Beiträge für die Grundstückseigentümer von 75% auf 85%, bei „Haupterschließungsstraßen“ von 50% auf 55% und bei „Hauptverkehrsstraßen“ von 25% auf 35% heraufgesetzt werden. Nach diesen neuen Sätzen wird aber erst ab 2019 abkassiert, also nach der nächsten Kommunalwahl. Der Ausbau der derzeit bereits in Planung oder im Bau befindlichen Straßenzüge fällt somit nicht unter diese Erhöhung.

## Barmstedter Linke Liste zum Bebauungsplan 72:

# Stadtentwicklung behutsam

**D**ie BALL-Fraktion hat dem Aufstellungsbeschluss für den B-Plan 72 für den Bereich Düsterlohe/Bornkamp (ehemalige Baumschulgebiete östlich und nördlich der Sportplätze) nicht zugestimmt: Die BALL steht grundlegend zum Grundsatzbeschluss der Stadtvertretung, dass B-Pläne dort aufzustellen sind, wo die Stadt im Besitz der Flächen ist und wo ein städtebauliches Erfordernis besteht. Die Flächen sind nicht im Besitz der Stadt, und damit erübrigt sich eigentlich alles Weitere. Ziel des Grundsatzbeschlusses war es u. a., dass die Stadt vom Bodenwertzuwachs-

gewinn, der durch die Bauland

### Folgende Gründe:

**1.** Die kommunalen Infrastruktur-Folgekosten sind unbekannt, wahrscheinlich aber werden sie höher liegen als die Steuer-Mehr-

einnahmen und damit die Finanznot der Stadt vergrößern. Ein Gutachten der Stadt Wedel („Fiskalische Wirkungsanalyse“) plädiert deshalb für eine behutsame Stadtentwicklung.

**2.** In Barmstedt gibt es inzwischen weitere B-Pläne, Woh-

nungsbauprojekte und Baustellen im innerstädtischen Bereich, die erst einmal abgearbeitet werden müssen.

**3.** In den nächsten 10 - 20 Jahren wird es sehr großen innerstädtischen Modernisierungs- und Erneuerungsbedarf

geben, der aus stadtplanerischer Sicht vorrangig zu lösen ist (z. B. Reihen-, Einfamilienhäuser und Genossenschaftswohnungen der 50er, 60er-Jahre mit oftmals großen Grundstücken), bevor in die Fläche hinein gebaut wird.

**4.** Es besteht vor allem Bedarf an bezahlbaren kleineren Mietwohnungen für ältere Menschen und für Single-Haushalte, und diese sollten eher im innerstädtischen Bereich entstehen.

## Immer wieder auf der Tagesordnung:

# Es fehlen Kita-Plätze

Klaus Kuberzig



**S**eit langem weist die BALL daraufhin, dass die Schaffung eines weiteren Kindergartens in Barmstedt in Angriff zu nehmen ist. Die neuesten Zahlen aus unserer Stadt bestätigen dieses.

Auf der kurzfristig einberufenen, außerordentlichen Sitzung des Sozialausschusses am 28. November informierte die Stadtverwaltung über den aktuellen Stand bei den Kitas. Demnach stehen 43 Kinder auf der War-

teliste für einen Krippenplatz zum 01.08.2017, dem Beginn des neuen Kindergartenjahres (Stand 17.11.2016). Bei den „Regelkindern“ ist die Situation ähnlich prekär.

Da für das Jahr 2017 bei Kreis und Land keine Zuschüsse für einen Neu- oder Umbau mehr beantragt werden können, müssen kurzfristig andere Lösungen her. Für die Betreuung von Krippenkindern soll der Einsatz von Tagesmüttern und

-vätern erweitert werden.

Perspektivisch ist nach Auffassung der BALL jedoch der Bau eines weiteren Kindergartens mit Krippenbetreuung notwendig. Bei der Ausweisung und Planung von Neubaugebieten muss dieses berücksichtigt werden. Die Stadtverwaltung ist aufgefordert hier rechtzeitig nach einem möglichen Träger Ausschau zu halten sowie für die Finanzierung zu sorgen und die Kreis- und Landeszuschüsse zu

beantragen.

Von der Landespolitik erwarten wir, dass die Kommunen bei den Kita-Folgekosten erheblich mehr entlastet werden und dass endlich die Elternbeiträge abgeschafft werden, und zwar sofort und nicht nur als Wahlkampfanekdote für die ferne Zukunft. Im ersten Schritt muss es zumindest den gebührenfreien Halbtagsplatz für alle geben, so wie es in Hamburg seit geraumer Zeit der Fall ist.



Dr. Günter Thiel

ausweisung entsteht, einen Anteil erhält.

Die BALL spricht sich aber auch gegen eine unkontrollierte großflächige Baulandausweisung im Randbereich aus - auf jeden

EU-Militarisierung soll vorangebracht werden:

# Trump-Schock als „Chance“

Mit der Verabschiedung Großbritanniens aus der Europäischen Union drängt die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung verstärkt auf konkrete Schritte zum Aufbau eigener EU-Streitkräfte. Diese Streitkräfte sollen zukünftig unabhängig von der US-dominierten NATO handeln können. Der Schritt sei jetzt möglich, heißt es, denn London habe bislang eigene EU-Streitkräfte immer wieder verhindert. Die Kämpfe um die künftigen Machtverhältnisse auf der Welt haben begonnen. In der

deutschen Hauptstadt ist immer häufiger zu hören stärkerer Einfluss sei ohne militärische Aktivitäten weltweit nicht zu haben.

Die Bestrebungen der Bundesregierung die EU zu militarisieren haben mit der Wahl des neuen US-Präsidenten einen neuen Schub bekommen. Durch die Wahlkampfankündigungen Donald Trumps, die geostrategischen Schwerpunktaktivitäten der USA noch stärker in den asiatisch/pazifischen Raum (China) zu verlagern, hofft Berlin dies für den Aufbau einer EU-Militär-

macht nutzen zu können. Der einflussreiche Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger äußerte, er „hoffe“ „durch den Trump-Schock“ sei „die Bereitschaft“ zur Militarisierung der Union „dramatisch gewachsen“. Das Europaparlament hat Ende November bereits eine Entschließung verabschiedet, die unter anderem den Aufbau eines militärischen EU-Hauptquartiers, die Bildung einer „politischen Führung“ für EU-Kriegseinsätze und die EU-weite Anhebung der

Militärhaushalte vorsieht. Für Deutschland bedeutet die Umsetzung dieses Ziels bis 2024 die Anhebung der Rüstungsausgaben von jetzt jährlich etwa 35 auf rund 65 Milliarden Euro. Ministerin von der Leyen sprach im Zusammenhang mit dem Verteidigungshaushalt 2017 von einer „Trendwende“.

Während die EU-Außenbeauftragte den ehrgeizigen Aufbau eng verzahnter EU-Streitkräfte weiter befeuert, nehmen deutsche Politiker und Medien jetzt den Ausbau einer EU-Nuklear-

truppe in den Blick. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Roderich Kiesewetter fordert, Berlin solle in Europa dafür werben einen „Nuklearschirm“ für die EU zu errichten. Es sei möglich diesen teuren Atomwaffenschirm aus dem EU-Militäretat zu finanzieren, der 2019 eingerichtet werden soll. Ob sich die neuen Aufrüstungspläne durchsetzen lassen, wird entscheidend vom Widerstand in der Bevölkerung abhängen: Milliarden für die gefährliche Aufrüstung, steigende Kriegsgefahren und mehr Kriegsopfer oder Milliarden zur Linderung von Armut, Altersarmut oder kostenlose Kindergartenplätze – das ist die Frage.

## Gaspreise sinken

Um 3 – 3,5 % sinken ab 1.2.2017 die GasArbeitspreise in der Grundversorgung in Barmstedt. Die Grundpreise bleiben unverändert. Dies beschlossen alle Fraktionen der Stadtvertretung auf ihrer Dezember-Sitzung.

## Stadtwerke:

2015 mehr als 2 Mio. Euro für die Stadt

Im Jahre 2015 haben die Stadtwerke insgesamt einen Gewinn von 1.510.068,- Euro gemacht. 30 % des Gewinns führen die Stadtwerke an den Haushalt der Stadt ab, mit rund 1.1 Mio. werden die Rücklagen aufgestockt, um zukünftige Investitionen in die Versorgungsnetze stemmen zu können. Zusätzlich haben die Stadtwerke das Defizit des Wellenbades von 332.647,- Euro aufgefangen, 434.185,- Euro an Konzessionsabgabe an die Stadt gezahlt, und 400.546,- Euro an Steuern gezahlt. Bei den Stadtwerken, die der Stadt und damit der Barmstedter Bevölkerung gehören, kamen 2015 mehr als 2 Mio. Euro der Stadt und damit mehr oder minder direkt den Barmstedtern zugute, bei einem privaten Konzern würden die Gewinne in die Taschen der Großaktionäre fließen.

Barmstedter „Badewonne“:

# Schwimmen wird gewaltig teurer

Schwimmen in der „Badewonne“ wird ab 1.1.2017 gewaltig teurer. Das beschlossen CDU, FWB, SPD und Grüne in der Stadtvertretung im Oktober. Lediglich die BALL-Fraktion lehnte die verschiedenen Eintrittspreiserhöhungen ab. Während man bisher am Wochenende mit Einzelkarten für 4,- Euro bzw. mit einer Zehnerkarte für 3,50 Euro schwimmen konnte, liegt jetzt der niedrigste Preis bei 5,- Euro (Freies Schwimmen ohne Animation). Die Zehner-Karten-Vergünstigung ist abgeschafft. Schwimmen mit Animation kostet jetzt 6,50, zuvor 5,- Euro bzw. 4.50 mit Zehner-Karte. Zusätzlich zahlen die Schwimmvereine



(DLRG; BMTV) deutlich mehr. Ursprünglich sollte auch die

Eintrittspreismäßigung für Schwerbehinderte und Inhaber

des städtischen Sozialpasses (Hartz-IV; Grundsicherungsrente)

abgeschafft werden. Wenigstens schloss sich eine Mehrheit des Werkausschusses der Kritik und dem entsprechenden Antrag der BALL an, so dass zumindest diese soziale Komponente in der Entgeltordnung erhalten bleibt.

Das Schulschwimmen wurde von 18 Wochenstunden auf 8,25 Wochenstunden reduziert, weil von Seiten der Schulen kein größerer Bedarf angemeldet worden sei. Dazu die BALL: Die Stadt unterhält eine Schwimmhalle, die jährlich mehr als 300.000,- Euro an Zuschuss erfordert, und die Schulen nutzen dies nur wenig. Das ist schlichtweg absurd.

Neuer Kunstrasenplatz an der Dusterlohe:

# Ein Zukunftsprojekt rückt näher

Der SSV Rantzauplanzt die Umwandlung des Sportplatzes 2 an der Dusterlohe in einen Kunstrasenplatz. Wesentliche Gründe dafür sind die geringeren Unterhaltungskosten und die wetterunabhängige Bespielbarkeit. Zudem gibt es einen großen Trend in Richtung Kunstrasen

plätze: allein in Hamburg gibt es inzwischen mehr als 80 Plätze, im Kreis in Quickborn, Ellerau, Heidgraben, Elmshorn, Tangstedt, und in weiteren

Gemeinden gibt es Pläne. Für das Projekt hat der Verein inzwischen Zuschüsse über rd. 150.000,- Euro vom Kreis und damit auch vom Landessport-

verband in Aussicht. Im städtischen Ausschuss für Schule, Kultur und Sport haben sich FWB, CDU, SPD und BALL auf der letzten Sitzung im Prinzip

für eine Beteiligung der Stadt zunächst mit einem „Pflichtanteil“ von rd. 100.000,- Euro ausgesprochen, da ohne diesen Anteil nicht die Kreis- und Landesmittel fließen würden. Über eine weitere Förderung sollten Gespräche stattfinden. Der SSV hat ebenfalls rd. 100.000,- Euro als „Pflichtanteil“ zu tragen. Offen bleibt noch die Aufteilung

eines Restbetrages von rd. 150.000,- Euro zwischen Stadt und SSV Rantzauplanzt. Herbert Flick und Henrik Pünner haben sich als BALL-Vertreter im Sportausschuss der Stadt klar dafür ausgesprochen, die Initiative und den hohen Eigenbeitrag des SSV für dieses Zukunftsprojekt zu unterstützen. Nach Abzug aller Zuschüsse sollte es zwischen Stadt und Verein zumindest eine Kostenteilung geben.

HSH-Nordbank:

# Halbe Milliarde Euro verschenkt

„Compliance“ ist ein in der Betriebswirtschaft gängiges englisches Wort für die Einhaltung von Regeln und Gesetzen. So soll z. B. Korruption verhindert werden. Diese Regeln haben seit geraumer Zeit auch in der Politik Einzug gehalten.

Jedenfalls auf dem Papier. Das Auge des Korruptionsbeauftragten der Landesregierung ist wachsam. So wird darauf geachtet, dass Abgeordnete und Beschäftigte in den Verwaltun-

gen nicht in den Genuss von „Vorteilsnahmen“ kommen, also z. B. keine Geschenke annehmen. Zuwiderhandlungen werden geahndet.

Gleichzeitig aber bevorteilen die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein millionenschwere Reeder(eien). 547.000.000,- Euro Schulden (in Worten: Fünfhundertsieben- undvierzig Millionen) hat die landeseigene HSH-Nordbank der Reederei Schuldt und damit dem Unternehmer Bernd Kortüm

erlassen – also mal eben geschenkt! Hier scheint ganz offensichtlich ein undurchsichtiger Filz zu Lasten der Steuerzahler vorzuliegen. Wegen einer „Vertraulichkeitserklärung“ zwischen den Beteiligten werden der Öffentlichkeit Einzelheiten über dieses Vorgehen nicht mitgeteilt.

Das Ganze ist ein weiterer Skandal im Rahmen der HSH-Nordbank-Affäre, der uns Steuerzahlern in Schleswig-Holstein und Hamburg unterm Strich

mehr als 10 Milliarden Euro kosten wird. Wie wäre es, wenn finanzschwachen Gemeinden wie Barmstedt zumindest ein Teil der Schulden, die vor allem durch notwendige Investitionen in Schulgebäude entstanden sind, erlassen würden?

Übrigens: Reeder Kortüm hat sich kurz nach dem Schuldenerlass ein Schnäppchen gegönnt: Eine mehrere Millionen Dollar teure Luxusjacht.

## Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

